

Die „beispielgebende“ Bauleitplanung

BUND Naturschutz sieht Heimatzerstörung in der Gemeinde Mengkofen

Mengkofen. Mengkofen – eine weite hügelige Landschaft, große Ackerflächen, Wälder, Bachläufe, darüber weißblauer Himmel – fast wie im Bilderbuch. Eine schöne Heimat, die – von den Kindern nur geborgt – für sie erhalten werden muss!

Der Bürgermeister von Mengkofen aber hält einer Pressemitteilung des BUND Naturschutz zufolge an seinen Planungen für die überdimensionierten Gewerbe- und Baugebiete fest, unbeeindruckt von den Einwänden vieler Bürger. Es sei daran erinnert, dass im Frühjahr 2016 etwa 1 000 Menschen aus Mengkofen mit ihrer Unterschrift ein Bürgerbegehren gegen das riesige Baugebiet „Mengkofen Süd“ gefordert hatten. Der Antrag auf Bürgerentscheid wurde von der Gemeinde trotzdem abgelehnt – die Sache liegt noch immer bei Gericht.

Der BUND Naturschutz (BN) hatte im vergangenen Jahr zu drei Bauleitplanungen Stellungnahmen abgegeben und die Planungen in der aktuellen Form und Größe abgelehnt. Vertreter der BN-Kreis- und -Ortsgruppe trafen sich vor einigen Tagen, um die Situation und weitere Vorgehensweise zu diskutieren. Dabei kamen viele Kritikpunkte zur Sprache. Allein die Dimensionen der Bauvorhaben sind für eine Gemeinde dieser Größe und in dieser Lage extrem.

Das geplante Wohngebiet „Mengkofen Süd“ ist 25 Hektar groß. Das Gewerbegebiet „Dengkofen 1“ umfasst 15 Hektar, wobei der Flächennutzungsplan weitere 21 Hektar in Ettenkofen vorsieht, damit die Bedingungen für das Anbindegebiet eingehalten werden. Wenn aber hier der erste Schritt getan ist, reicht das Gewerbegebiet doch irgendwann von Etten- bis nach Hüttenkofen. Es heißt ja auch „Dengkofen 1“ – wozu, wenn man nicht heute schon über „Dengkofen 2“ nachdenkt? Und die Erschließungsstraße ist schon für die Erweiterung geplant. Bei diesem hohen Flächenverbrauch fällt die neue Gemeinbedarfsfläche mit knapp zwei Hektar für einen Kindergarten dann kaum noch ins Gewicht.

„Solch hoher Flächenverbrauch kann nicht richtig sein“, sagt Alois Aigner, Vorstandsvorsitzender der BN-Kreisgruppe und Biobauer. „Dass Gemeinden so verschwende-



Die Heimat Mengkofen.

(Foto: BN Mengkofen)

risch mit unserem Boden umgehen, muss sich ändern.“ Und er verweist darauf, dass der BN jetzt auch das Volksbegehren der Grünen gegen den Flächenfraß unterstützen wird. „Damit Bayern Heimat bleibt, Betonflut eindämmen“ – dafür waren bei den Grünen bis zum Jahresende 50 000 Unterschriften eingegangen. Der Volksentscheid wird damit sicher kommen, auch wenn die CSU jetzt schnell noch die Verfassung ergänzen und „Flächenmanager“ einsetzen will. „Auf schöne Worte werden wir nicht mehr setzen. Das ‚Bündnis zum Flächensparen‘ der Staatsregierung gibt es seit 2003. Und die Kommunen sind bereits jetzt nach der Bayerischen Verfassung verpflichtet, mit Naturgütern schonend und sparsam umzugehen. Der Flächenverbrauch hat aber deshalb nicht abgenommen. Wir brauchen endlich wirksame Instrumente, die zum Flächensparen zwingen“, sagt Peter Hirmer, Mitglied der BN-Kreisgruppe. Schon allein aus diesem Grund ist es wichtig und berechtigt, dass der BN die überdimensionierten Bauvorhaben der Gemeinde ablehnt.

Was bisher noch gar nicht in Betracht gezogen wurde, sind die kumulierenden Auswirkungen dieser drei Großprojekte – zum Beispiel zunehmender Verkehr und Lärm, Versorgung nur noch am Dorfrand, Verunstaltung der Landschaft, Verschärfung der Hochwassergefahren und nicht zuletzt der absehbare Verfall der Immobilienpreise. Langfristig werden aufgrund dieser Bauvorhaben Dorfkern veröden, immer mehr ältere Wohnungen leer stehen und ältere Häuser enorm an

Wert verlieren. Innerörtliches Wohnen würde gänzlich unattraktiv. „Das fängt heute schon an. Wer wohnt denn noch an der Hauptstraße? Da muss sich was tun“, fordert Josef Strohofer, Vorsitzender der BN-Ortsgruppe und denkt dabei an Schallschutzfenster, Lüftungsanlagen, leisen Straßenbelag, vermehrte Geschwindigkeitskontrollen. „Heute können die Alten nicht mehr zu Fuß einkaufen gehen, alle Kinder müssen gefahren werden, die Mütter hetzen quer durchs Dorf zum Supermarkt. In Stoßzeiten ist der Verkehr so dicht, da kommst du nicht mehr über die Straße. Einfamilienhäuser in solcher Anzahl werden bei der älter werdenden Bevölkerung und immer mehr Singlehaushalten in Zukunft nicht gebraucht.“

Viele Planungsfehler, die der BN in seinen Stellungnahmen kritisiert, sind sicherlich auch den Parallelverfahren geschuldet, also der gleichzeitigen Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes. Das ist zwar legal, aber gerade bei großen und mehreren gleichzeitigen Planungen nicht sinnvoll.

Schüler lernen bereits in der Schule: erst Grob-, dann Feinkonzept. Sinnvoll wäre, zuerst alle großen Bauvorhaben der näheren Zukunft im Flächennutzungsplan darzustellen. Nur so können kumulierende Auswirkungen richtig beurteilt werden. Hinzu kommt, dass Parallelverfahren es den Gemeinderatsmitgliedern und der Öffentlichkeit erschweren, sich in kurzer Zeit gründlich mit den umfangreichen Unterlagen auseinanderzusetzen. In

Mengkofen wurden im letzten Sommer sogar die größten Bauleitplanungen „Mengkofen Süd“ und „Dengkofen 1“ gleichzeitig öffentlich ausgelegt – „parallele Parallelverfahren“. Damit wird vielleicht dem Buchstaben, aber nicht dem Sinn des Gesetzes Genüge getan.

Bürgernah ist das nicht. Bürger wollen heute informiert und mitgenommen werden. In Mengkofen aber werden Anwohner nicht gefragt und einbezogen. Dabei sind sie es, die wirklich betroffen sind und eines Tages vielleicht im Wasser stehen oder sich nachts die Ohren zuhalten müssen. „Wenn der Schrott ausgeschüttet wird, stehst du im Bett.“ Karl Lichtinger spricht aus Erfahrung. Er ist einer der Anwohner, die, wenn das Gewerbegebiet „Dengkofen 1“ kommt, genau in der Mitte wohnen, denn das Gewerbe- und Industriegebiet in Ettenkofen auf der anderen Seite gibt es schon. Wer kümmert sich dann um die Einhaltung der Immissionswerte und die Belange der Bürger dieser Wohnsiedlung?

Die BN-Mitglieder diskutierten über den fehlerhaften Immissionschutz bei „Dengkofen 1“ und auch „Mengkofen Süd“, das geschönte Verkehrsgutachten, den fehlenden integralen Hochwasserschutz bei immer häufigeren Starkregenereignissen, die zweifelhafte Bedarfsermittlung in allen Fällen und das Fehlen mehrerer Unterlagen und Gutachten. Sie kamen zu dem Schluss, dass auf dieser Grundlage kein Anwohner beurteilen kann, ob und was das für ihn für Konsequenzen hat. „Ob die vorliegenden Planungen einer gerichtlichen Überprüfung standhalten, ist aus der Sicht des BN zweifelhaft“, stellt Peter Hirmer fest. Wer so plant, zeigt, dass er zu wenig von den Problemen unserer Zeit verstanden hat. Die vorliegenden Projekte sind beim Flächenverbrauch, bei der Einbeziehung der Bürger, beim Schutz der Bürger vor Hochwasser und anderen Umweltbelastungen sowie beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen beispielgebend dafür, wie nicht geplant werden sollte.

Der BN hat beschlossen, sich weiter für eine umwelt- und heimaterehaltende Planung zu engagieren und dafür in dem Treffen von Kreis- und Ortsgruppe die Weichen gestellt.